

Wahlprüfung hat. Am Bahnhof wurde er von Poincare und Clemenceau begrüßt.

Wilson fuhr unter dem stärksten Jubel großer Menschenmassen mit Poincare ins Hotel Marat und am darauffolgenden Frühstück ins Witzel. Der Präsident Poincare in seiner Ansprache an Wilson auf die geschlossenen Verhandlungen in Wien und Wilson die hierauf bezüglichen Instruktionen des deutschen Generalstabes zu übermitteln versprach. Wir haben jetzt, sagte Poincare, zusammen den Grund zu einem Frieden zu legen, der den Wiederaufbau einer Organisation zu Eroberungs- und Unterdrückungszwecken verhindert. Der Friede muß alle wesentlichen Bedingungen der Gerechtigkeit und Möglichkeit der Dauer in sich schließen. Frankreich ist bereit, mit festem Vertrauen zusammen mit Ihnen zu diesem Zwecke zu arbeiten. Präsident Wilson erwiderte u. a.: Von Anfang an war der Gedanke des Volkes der Vereinigten Staaten auf etwas mehr gerichtet, als bloß den Krieg zu gewinnen. Er richtete sich auf die Ausrichtung der ewigen Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit. Ich weiß, mit welchem Eifer und Jubel die Soldaten und Seeleute der Vereinigten Staaten ihr Bestes zur Erlösung von dem Kriege hergegeben haben. Sie halten ihre Ideale für geeignet, um durch sie überall die Völker zu befreien, und sind froh über ihre Anteilnahme an allen Verwirklichungen dieser Ideale in Gemeinschaft mit dem Heere der Alliierten. Die Bande, die Frankreich und die Vereinigten Staaten miteinander verbinden, sind ausschließlich Freundschaft, in welcher Gesellschaft wir mit größter Eifer und Begeisterung kämpfen können. Es wird mir wirklich eine Freude sein, mit den Staatsmännern Frankreichs und der Alliierten bei der Festsetzung der Maßnahmen in Beratung zu stehen, mit denen wir den Fortbestand dieser erfreulichen Beziehung der Freundschaft und des Zusammenwirkens und für die ganze Menschheit die Sicherheit und Freiheit des Lebens sichern können, wie es nur durch beständige Verbindung und Zusammenarbeit von Freunden geschehen kann.

Wilson an die Sozialisten.

Die Adresse Wilsons an die sozialistische Delegation lautet: Meine Herren! Ich empfangen mit großem Interesse die Entschliessung, die Sie mir soeben vorgelesen haben. Der Krieg, den wir gerade durchgemacht haben, hat in einer unergiebigen Weise die außerordentlichen Uebel beleuchtet, die durch eine unumschränkte und unverantwortliche Gewalt hervorgerufen werden können. Es ist nicht möglich, das Glück und Wohlbefinden der Völker in der Welt zu sichern, oder den dauernden Frieden zu schaffen, wenn nicht die Wiederholung solcher Uebel unmöglich gemacht ist. Das ist wirklich ein Völkerkrieg gewesen. Er ist gegen Absolutismus und Militarismus geführt worden, und diese Feinde der Freiheit müssen von jetzt ab außerstande gesetzt werden, ihren grausamen Willen auf die Menschheit weiter auszuüben. Nach meinem Urteil genügt es nicht dieses Prinzip aufzustellen, es ist notwendig, daß es von einem Zusammenwirken der Nationen gestützt wird, welches auf bestimmte und klare Uebereinkommen gegründet ist, und durch das Werkzeug eines Völkerbundes eine ausübende Machtstellung erhält. Ich glaube, dies ist die Ueberzeugung aller einsichtigen und liberalen Menschen. Ich habe das Vertrauen, daß dies der Gedanke derer ist, die ihre eigenen großen Nationen leiten, und ich sehe mit besonderem Vergnügen dem Zusammenarbeiten mit Ihnen entgegen, um die Möglichkeit eines ewigen Friedens der Gerechtigkeit und Rechtes sicher zu stellen, welcher die Opfer dieses Krieges rechtfertigt und die Menschen dazu anhalten soll, auf diese Opfer als auf den dramatischen Schlußakt ihrer Befreiung zurückzublicken.

Wilson 14 Punkte.

Der Berichterstatter der Press-Assoziation in Wetz hatte eine Unterredung mit Wilson, der es ablehnte, eine Mitteilung über seine Politik auf der Friedenskonferenz zu machen, mit der Bemerkung, jegliche Erklärung darüber müsse sorgfältig erwogen werden. Der Berichterstatter hat indessen den Eindruck gewonnen, daß Wilson, falls es nötig wäre, für seine 14 Punkte kämpfen wolle, ferner daß Wilson für das dreifache Marschprogramm der Vereinigten Staaten eintrete. Hinsichtlich der Freiheit der Meere sei Wilson der Ansicht, daß sie lieber von der ganzen Welt als von irgend einer einzelnen Gruppe von Völkern gesichert werden solle.

Zu den Enthüllungen Czernins

Weitere Kommentare.

Unsere Leser erinnern sich der Enthüllungen des früheren österreich. Ministers des Auswärtigen Grafen Czernin über die Vorgeschichte des Krieges, die wir in der Freitagnummer unseres Blattes veröffentlichten. Das „Hamburger Fremdenblatt“ gibt jetzt dazu eine beachtenswerte Ergänzung. Diese bringt noch mehr Licht in die Zusammenhänge; sie gibt ausnahmsweise das Schreiben Kaiser Karls, die Antwort des Deutschen Kaisers und die Darlegung Bethmanns, Holweggs vom 9. Mai 1917. Neben Kaiserbriefen war als Unterlage die Schrift des betreffenden staatsmännlichen Beamten beigefügt. In folgendem sei einiges aus den Hamburger Veröffentlichungen mitgeteilt:

Der Brief Kaiser Karls verweist vor allem auf die Gefahr einer internationalen Revolution und allgemeinen Hungersnot. Deshalb forderte er die rasche Beendigung des Krieges, wenn es unter solchen Umständen...

Die Antwort des Deutschen Kaisers bezieht sich auf die anliegende Bethmannsche Darlegung...

der Gesamtfrage und spricht die Zuersticht auf ein glückliches Ende des Krieges aus. Insbesondere verweist Wilhelm II. auf die in kurzen Häufen ohne genügende Vorbereitung erfolgten englischen Angriffe, die ein unträgliches Beispiel seien für die politische und wirtschaftliche Zwangslage Englands. Amerika könne in absehbarer Zeit nicht helfen. Die Zeit sei unser Bundesgenosse geworden. Ferner lehnt der Kaiser einen Vergleich zwischen den Mittelmächten und den Vorkriegslagen in Rußland ab. Denn Rußland trage die Schuld am Kriege und sei besetzt. Im Gegensatz zu der Auffassung Karls würde gerade ein Friede mit großen Opfern und den unvermeidlich folgenden Depressionen eine Gefahr für die Monarchie werden.

Das Expose Bethmann-Hollweggs besagt: Die Angriffe im Westen seien gestoppt. Weitere würden zerschellen. Dieselbe Zuersticht beziehe sich auf die Jongo-Front. Rohmaterial sei in beiden Monarchien reichlich vorhanden. Amerika's Kriegserklärung und das spätere Abdrücken anderer Neutralen infolge des U-Boot-Krieges sei vorauszuversetzen gewesen. Aber die Nachteile des U-Bootkrieges würden durch seine Vorteile weit überwiegen. Das Schwergewicht des Krieges sei von Osten nach Westen gerückt, wo England die anderen Verbündeten immer wieder auspeiterte. Daher müsse ein entschlossener Angriff auf den Brennpunkt erfolgen.

Die U-Boot-Erfolge übertrügen weit die Verrechnungen und Erwartungen. Die Lebenshaltung der Bevölkerung würde daher bei unseiner Feinden auf ein unerträgliches Maß herabgedrückt werden. Ferner habe man eine geheime, aber sichere Nachricht: Ribot (französischer Ministerpräsident) habe zum italienischen Vorkämpfer in Paris gesagt, Frankreich jünge der Versuchung entgegen. Seither seien die französischen Blutopfer ungeheuerlich. Er (Bethmann) sei mit Cernin darin einig, einen ehrenvollen, die Interessen des Reiches und unserer Bundesgenossen gerecht werdenden Frieden sobald als möglich herbeizuführen. Eine zu stark unterdrückte Friedensbereitschaft würde aber jetzt zur Erfolglosigkeit verdammt sein. Jetzt sei ein allgemeiner Friede nur durch Unterwerfung möglich. Das wäre nur zu ertragen unter verhängnisvoller Gefahr für die Monarchie.

Im Ganzen ist dieser Auszug aus der Denkschrift nicht sehr ergiebig. Es zeigt sich nur wieder, wie wohl der frühere Reichskanzler, wahrscheinlich ohne es zu wissen oder es zu glauben, im Wanne der Militärs war. Bemerkenswert scheint uns, daß sowohl in dem Briefe des Deutschen Kaisers, als auch in den Darlegungen Bethmanns der letzte Grund für die Ablehnung einer rechtzeitigen Friedenspolitik die Rücksicht auf den Bestand der Monarchie ist. Wobin man damit gekommen ist, wissen wir jetzt.

Vom Kaiser.

Entennot an Holland.

Die Regierungen der alliierten Mächte haben durch ihre diplomatischen Vertreter im Haag der holländischen Regierung eine im Wortlaut übereinstimmende Note überreichen lassen, die den Aufenthalt Wilhelms II. in Holland zum Gegenstand hat. Der Wortlaut der Note soll gleichzeitig mit der Antwort der holländischen Regierung bekanntgegeben werden.

Der harmnäckige Fehrenbach.

Ein Brief an die Reichsregierung.

Der Präsident des Reichstages, Fehrenbach, hat an die Reichsleitung folgende Schreiben gerichtet: Gegenüber der dortigen Erklärung auf meine Veranlassung des Reichstages im Zusammenhang mit den Presseäußerungen habe ich nur das Bedürfnis, folgendes festzustellen:

1. Es ist falsch, von der Absicht einer Gegenrevolution oder von Schwierigkeiten zu sprechen, die ich der Regierung machen wolle. Es handelt sich für mich nur um die Schaffung von Voraussetzungen für den baldigsten Abschluß des Vorlesens. Herr Ebert ist über meine Absichten und die Uebereinstimmung der Parteiführer mit diesen von mir loyal unterrichtet.

2. Voraussetzung meiner tatsächlichen Berufung des Reichstages durch Bestimmung von Ort und Zeit ist die vollständige Beilegung der Tatsache, daß die jetzigen Gewalten in Deutschland von unseren Verbündeten nicht anerkannt werden. Die feindlichen Regierungen beabsichtigen, der deutschen Regierung ein Ultimatum zu stellen. Diesen Zeitpunkt, der nach Zeitungsberichten vom Tage zuvor unmittelbar bevorstehen sollte, sollte ich aus einleitenden Überlegungen heraus nicht abwarten. Ich dürfte es auch nicht (!) angeht, die ungehörigen Zuschriften und Zusammenkünfte, welche die Berufung des Reichstages fürdernden, und namentlich angesichts der Reichsreise aus Köln und Koblenz. Die Annahme, daß die Entente erst durch mich auf den Gedanken kommen könnte, es jehe an einer verhandlungsfähigen Regierung, ist durch die vorausgegangenen Erörterungen in der feindlichen Presse widerlegt. (?)

3. Die Folgen meiner „Wahlkreisfällung“ verantwortete ich mit ruhigem Bewußtsein. Ich warte das pflichtmäßige Handeln der Regierung ab, wenn sich die Voraussetzung meiner Berufung erfüllt.

Die Herren aus erst recht angesichts dieses Schreibens des Reichstagspräsidenten nicht des Eindruckes erweisen, daß Herr Fehrenbach der Reichsregierung harter einen Knüttel zwischen die Weins werfen, daß er Hietraht und Unruhe in das deutsche Volk einzuflößen will. Erst durch seine Unterteile wird...

die Entente (sagt) und wenn wir wirklich noch Ententetruppen nach Berlin bekommen könnten, dann müßten sich die Berliner bei Herrn Fehrenbach bedanken!

Fehrenbach und die Sozialisten.

Gegenüber einer Meldung der „Freiheit“, Fehrenbach habe vor seinem Scheitern an die Abgeordneten (beim Einberufen des Reichstages) in der Villa des Prinzen Eitel Friedrich mit der früheren Kaiserin verhandelt, erklärt dieser in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: „Ich habe die Kaiserin noch nie gesprochen, ebensowenig den Prinzen Eitel Friedrich. Auch habe ich nie in Beziehung zu irgendeinem Prinzen der Hohenzollernhäuser gestanden. Mit dem Kaiser habe ich nur ein einziges Mal, und zwar am 20. Juli 1917 gesprochen. Die ganze Meldung der „Freiheit“ ist also aus den Fingern gesogen. Mit der Einberufung des Reichstages hat kein Prinz und kein Mitglied des Hohenzollernhauses auch nur das geringste zu tun.“

Mitral politische Meldungen.

Die freiwillige Volkswehr ist von der Reichsregierung in Berlin begründet worden. Das Gesetz darüber lautet: 1. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist eine freiwillige Volkswehr zu bilden. 2. Die Volkswehr zur Aufstellung der Abteilungen dieser Volkswehr erteilt ausschließlich der Rat der Volksbeauftragten, der auch die Zahl und Größe der Abteilungen festsetzt. 3. Die Volkswehr untersteht ausschließlich dem Rat der Volksbeauftragten. Sie verpflichtet sich der sozialistisch-demokratischen Republik durch Handschlag. 4. In die Volkswehr werden nur Freiwillige aufgenommen. Sie wird außerhalb des Rahmens des Heeres stehen. Gerichtsliche und Disziplinarverhältnisse werden nach Gesetz. 5. Die Freiwilligen wählen ihre Führer selbst, und zwar etwa 100 Freiwillige (hundertfünftel) einen Führer und drei Zugführer, mehrere Hundertfünftel bilden eine Abteilung und wählen den Abteilungsleiter und den Stab. Ihm steht ein Vertrauensrat von fünf Freiwilligen beratend zur Seite. 6. Jeder Freiwillige ist im Dienste zum Gehorsam gegenüber seinen selbstgewählten Führern verpflichtet. 7. Für die Annahme der Freiwilligen ist Voraussetzung: a) In der Regel Zurücklegung des 14. Lebensjahres. b) Körperliche Eignung. c) Längeres einwandfreies Ironien.

Den von Madensen-Kempe. Wie die „B. Z.“ meldet, sind von der Kempegruppe Madensen bis jetzt bereits große Teile in der Heimat eingetroffen. Es sind angefangen: die gesamte 11. Komme, Teile der 218. und der 228. Infanteriebrigade, sowie die seitzeitig aus der Ukraine nach Rumänien entwandten Teile der 7. Landwehrdivision und Teile der 18. Infanteriebrigade.

Spanien will den deutschen Vorkämpfer aus. Die spanische Regierung hat laut einer Meldung des Blattes „El Sol“ ein: Rote nach Berlin gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß der deutsche Vorkämpfer Prinz Kattor für die spanische Regierung eine unerwartete Persönlichkeit geworden ist. Nach Eintreffen der Antwort aus Berlin wird die spanische Regierung dem Fürsten alle Einzelheiten mitteilen, damit er nach Deutschland zurückkehren kann. Das gleiche gilt für den deutschen Militärattaché Kalle, dessen Gegenwart nicht mehr gebilligt wird. — Die Haltung der spanischen Regierung ist zweifellos auf einen Druck von englisch-französischer Seite zurückzuführen. Gerade Prinz Kattor hat an der bisherigen Neutralität Spaniens einen großen Anteil.

Untrübe österreichischer Monarchien. Der Deutsch. Wk. Jg. wird von zuverlässiger Seite aus Kopenhagen mitgeteilt: Vor etwa einer Woche ist hier ein österreichischer Aristokrat angeblich in Privatangelegenheiten eingetroffen. Wie zuverlässig verläßt, ist dieses mit den hiesigen englischen und französischen Gesandtschaften in Verbindung getreten, um mit diesen persönlich über die Wiedererrichtung Kaiser Karls zu sprechen. Es soll bei diesen Verhandlungen auch die Möglichkeit eines Einflusses von Bayern und Schießen an Österreich zu Sprache gekommen sein. In wessen Auftrag der betreffende Aristokrat verhandelt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Er ist nach Stockholm weitergereist, wird aber in den nächsten Tagen wieder in Kopenhagen erwartet.

Die Tschechen liefern Deutsch-Oesterreich Kohlen. In Prag haben wegen der Kohlenlieferung Deutsch-Oesterreichs und Wiens Verhandlungen zwischen Vertretern der deutsch-österreichischen und tschechischen Regierung stattgefunden, die zu einem Abkommen führten. Der tschechische Ministerpräsident erklärte, die tschechische Regierung habe kein Interesse, in Wien und Deutsch-Oesterreich Unruhen zu stiften, sondern lege Wert darauf, solche zu verhindern.

Salonow wieder im Amt. Die russische Gesamtschiff im Haag berichtet, daß der frühere russische Minister des Auswärtigen von der russischen Regierung in Jalta wieder zum Minister des Auswärtigen ernannt wurde. Salonow hat sich mit den russischen Missionen im Ausland in Verbindung gesetzt.

Von Stadt und Land.

Kiel, 16. Dezemb. v.

Keine Unzufriedenheitsklärung des Kriegensprengers. Vom preussischen Minister des Innern ging an den Gouverneur von Berlin folgende Schreiben: Auf die an Herrn Minister Dr. Dr. und Herrn Minister Dr. Dr. gerichteten Schreiben des Reichensprengers vom 15. ds. Mts. betreffend die Tätigkeit der Kriegensprenger erwidere ich, daß die Kriegensprenger eine unzulässige Unzufriedenheitsklärung des Kriegensprengers gänzlich unangebracht, unangelegentlich und unangelegentlich zu bezeichnen. Die Tätigkeit der Kriegensprenger besteht nicht in der mündlichen Rede und es denkt sich niemand in den leitenden Organisationsstellen daran, sie irgend wie anzugehen. Im Gegenteil ist es selbstverständlich, daß das Reich auch künftig allen seinen Verpflichtungen aus diesem Punkte voll nachkommen wird. Wie stellen dem Reichsverband anheim, von dieser Mitteilung keinen Gebrauch zu machen, sondern die entsprechenden geeigneten Gebühre zu machen. Dr. Dr. Dr.

Demokratisches Komitee der Frauen und Mädchen für das Exposé. Der Demokratische Verein der Frauen und Mädchen für das Exposé wird morgen Dienstag abend 7 1/2 Uhr in der Kasse Carolo seine Gründungsversammlung abhalten. Es ist dazu ausdrücklich der Wunsch aller Frauen und Mädchen erfaßt, daß die Damen des Komitees bei den Besuchen in den Kassen der Frauen und Mädchen in diesen Besprechungen allen Frauen und Mädchen, die ihren Einfluß in dem Reich nicht verkennen wollen, Gelegenheit gegeben, dies zu tun. Es würde daher niemand fern die Mitglieder des einflussreichen Komitees werden morgen im Komitee an die Versammlung teilnehmen, da sie solche ja nur die zur Gründungsversammlung des Komitees einmünden können.